

i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 374

13. Dezember 2006

13. Jahrgang

Guatemala, 10 Jahre danach...

Die Beteiligung der Frauen am Friedensaufbau in Guatemala

von Luz Méndez, Leiterin der *Nationalen Frauenunion Guatemalas UNAMG*

Einführung

Anlässlich des zehnten Jahrestages der guatemaltekischen Friedensabkommen möchte ich nochmals betonen, wie wichtig und wertvoll sie sind. Sie sind ein Konsens, erarbeitet von den verschiedenen AkteurInnen der guatemaltekischen Gesellschaft und sie sind auch heute noch ein Werkzeug für soziale Veränderungen. Die Friedensabkommen bilden die umfassendste Plattform, die Guatemala je hatte, um sozioökonomische Entwicklung, demokratische Prozesse und die Respektierung der Identität und Rechte der indigenen Bevölkerung voranzutreiben.

Trotz des Widerstands, den die wirtschaftlichen und politischen Kräfte, aus denen in den letzten Jahren die jeweiligen Regierungen Guatemalas hervorgingen, der Umsetzung der Friedensabkommen entgegensetzten, zeigten diese ihre Wirkung. Erwähnenswert ist das Abkommen über die Identität und die Rechte der indigenen Bevölkerung. Sein „Erfolg“ beruht nicht in erster Linie auf der Umsetzung durch die Regierungsinstanzen sondern, indem es enorm zur (Selbst-) Anerkennung der indigenen Kultur und Rechte beiträgt und auch den MestizInnen ermöglicht, den multikulturellen Reichtum der Gesellschaft wertzuschätzen. Die Friedensabkommen geben auch dem Kampf der Frauen um ihre Rechte die notwendige Legitimität und schaffen eine Basis, um gleichberechtigte Beziehungen zwischen den Geschlechtern aufzubauen. Auf der sozioökonomischen Ebene konnten die Abkommen weit aus am wenigsten ausrichten. Die ungleichen Verhältnisse und Strukturen bestehen weiterhin und ein Grossteil der Bevölkerung lebt nach wie vor in Armut. Gleichzeitig spitzen sich Probleme wie die Kriminalität und die Sicherheitsfrage zu.

Im Vergleich zu Friedensabkommen in anderen Konfliktregionen, enthalten die guatemaltekischen spezifische Punkte, um die sozialen Bedingungen und den Status der Frauen sichtbar zu machen und sie betonen die Gleichstellung von Männern und Frauen. Ich werde später noch genauer darauf eingehen, wie es möglich war, diese Dimension in ein Abkommen einzubringen, dessen eigentliches Ziel die Beendigung des bewaffneten Konflikts ist.

Um den Beitrag der Frauen am Friedensprozess und Wiederaufbau sichtbar zu machen, werde ich drei Etappen genau-

er beschreiben: Erstens die Zeit der Verhandlungen, zweitens die Strategien, die Frauen entwickelt haben, um in der Umsetzungsphase zu erreichen, dass ihre Forderungen berücksichtigt werden, und drittens ihr Engagement bei der Aufarbeitung der Geschichte und der Suche nach Gerechtigkeit – auch für frauenspezifische Verbrechen, die im Rahmen des Krieges ausgeübt wurden.

I. Die Friedensverhandlungen

Die Aufnahme geschlechtsspezifischer Abkommen war möglich dank der Themenbreite der Agenda und dank des Settings, in dem sie stattfanden. Es ging nicht bloss um einen Waffenstillstand, um die Entwaffnung und die Demobilisierung, wie das meist bei Friedensabkommen der Fall ist, sondern es standen praktisch alle Themen von nationaler Bedeutung zur Diskussion. Was das Setting betrifft, war der ausschlaggebende Faktor, um die Frauen in den Friedensabkommen sichtbar zu machen, ihre direkte Repräsentation in den verschiedenen, an den Verhandlungen beteiligten Sektoren.

Einer dieser Sektoren war die *Vereinigung der Zivilgesellschaft (ASC)*, in der die Frauenbewegung sich eine Vertretung erkämpfte, denn eine reine Frauen-Interessensvertretung war ursprünglich nicht vorgesehen. Innerhalb der ASC betrieben die Frauen Lobbyarbeit und erstellten ihren eigenen Forderungskatalog, den sie gegenüber den anderen Gruppierungen verteidigten und so erreichten, dass ihre Forderungen als Teil der Forderungen der gesamten ASC in die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Guerilla einfließen.

Eine weitere Möglichkeit, Frauenforderungen einzubringen, war der Verhandlungstisch, an dem die Frauen – wie üblich, wenn es um wichtige politische Entscheidungen geht – untervertreten waren. Dies war sowohl bei den Delegationen der Regierung und der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas (URNG)* der Fall, aber auch bei den Vertretungen der UNO sowie bei den Verhandlungen begleitenden „Befreundeten Ländern“. Ich selber war Teil der Delegation der URNG. Dies bedeutete für mich, eine doppelte Verantwortung zu übernehmen: Auf der einen Seite musste ich die Interessen der revolutionären Bewegung vertreten, auf der anderen Seite war ich durch mein Engagement in der Frauenbewegung auf geschlechts-

spezifische Diskriminierung sensibilisiert und setzte mich dafür ein, dass auch diese Themen in die Verhandlungen aufgenommen wurden. Auch wenn ich keine entscheidende Position in der Verhandlungsdelegation hatte, konnte ich Einfluss nehmen, Dinge vorantreiben und durch Hartnäckigkeit erreichen, dass die in der ASC erarbeiteten Frauenforderungen in die Abkommen aufgenommen wurden.

Die vierte Weltfrauenkonferenz von Beijing 1995, an der ich teilnehmen konnte, war für mich eine riesige Stütze und Stärkung. Die Konferenz fand genau zu dem Zeitpunkt statt, als in Guatemala über das sozioökonomische Abkommen und die Landfrage verhandelt wurde. Die von der Konferenz verabschiedete Aktionsplattform gab mir enormen Rückhalt, denn sie umfasst auch ein Kapitel zu „Frauen und bewaffnete Konflikte“ in dem speziell auf die Wichtigkeit hingewiesen wird, dass Frauen an politischen Entscheidungsprozessen teilnehmen müssen und eine Geschlechterperspektive in die Konfliktbearbeitung integriert werden muss. So hat auch die internationale Frauenbewegung mit ihren Forderungen ihren Teil zum guatemaltekischen Friedensprozess beigetragen.

Es war dieses Zusammenspiel verschiedener Umstände und Begebenheiten die es möglich machten, dass die Frauen in Guatemala zu einer „kritischen Masse“ erstarkten und verschiedene Spielräume nutzen konnten, um Frauen- und Gleichstellungsforderungen in die Verhandlungen einzubringen.

II. Die Umsetzungsphase

Nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen haben sich die Frauenorganisationen und die Frauen, die in gemischten Zusammenhängen aktiv waren, für deren Umsetzung eingesetzt. Wir erarbeiteten Vorschläge, nahmen politischen Einfluss, entwickelten Aktionspläne und vieles mehr. Dabei hatten wir sowohl Erfolge wie auch Rückschläge zu verzeichnen.

Als Ergebnisse dieses Engagements wurde z.B. die *Defensoría de la Mujer Indígena* gegründet, die dazu trägt, die unterschiedlichen Unterdrückungsmechanismen, in denen indigene Frauen verhaftet sind, aufzuzeigen. Im Leben indigener Frauen kommt die ethnische Unterdrückung mit der geschlechtsspezifischen zusammen, ausserdem leben die meisten von ihnen in Armutsverhältnissen. Weiter wurde der *Nationale Frauenfonds* gegründet, der es erlaubte, Gleichstellungsfragen lan-

desweit zu thematisieren.

Trotz dieser Erfolge auf legislativer und exekutiver Ebene gelang es uns auf juristischer Ebene nicht, dass sexuelle Belästigung als ein Delikt anerkannt wurde. Es gab grossen Widerstand gegen diese Forderung, speziell seitens staatlicher Institutionen. Ebenfalls konnte bisher nicht durchgesetzt werden, dass im Rahmen der Bildungsreform die Schulbücher so umgeschrieben werden, dass sie der Diskriminierung der Frauen keinen Vorschub leisten. Dies sind nur zwei von vielen nicht oder nur mangelhaft umgesetzten Kompromissen der Friedensabkommen.

III. Der Kampf um Gerechtigkeit für Frauen

Mit dem Friedensschluss erhielten Frauen auch vermehrt Zugang zur Justiz, zu Wiedergutmachungsprogrammen und waren beteiligt an der Aufarbeitung der Geschichte. Die Wahrheitskommission (CEH) zeigte die sozioökonomischen und politischen Gründe auf, die zum bewaffneten Konflikt führten, ebenso seine Auswirkungen. Sie schloss ihre Arbeit ab mit einer Liste von Empfehlungen, die sie als grundlegend für den Aufbau des Friedens sah, z.B. die Bewahrung des historischen Gedächtnisses oder die Würdigung und Entschädigung der Opfer.

Die Wahrheitskommission brachte eine Dimension des Krieges ans Licht, über die man sehr wenig weiss und noch weniger wird darüber gesprochen: Die sexuelle Gewalt gegen Frauen, die als ein Teil der Aufstandsbekämpfung systematisch und massiv durch Angehörige der verschiedenen staatlichen Sicherheitsapparate ausgeübt wurde. Vergewaltigung wurde zu einer regelrechten Kriegswaffe gegen die Bevölkerung. Zu den Scheusslichkeiten, die den Frauen zugefügt wurden, gehören öffentliche und mehrfache Massenvergewaltigungen, die Verstümmelung weiblicher Geschlechtsorgane, öffentliches Ausstellen von verstümmelten weiblichen Körpern, die Vergewaltigung schwangerer Frauen und die Tötung ihrer Föten, über Jahre dauernde sexuelle Ausbeutung und Versklavung der Frauen in Kasernen oder in öffentlichen, vom Militär besetzten Gebäuden in den Gemeinden. All dies hinterliess nicht ausradierbare Spuren bei den Frauen und in den Dorfgemeinschaften: Schuldgefühle, Scham, fehlendes Selbstvertrauen und körperliche Krankheiten. Ganz zu schweigen von den sozialen Konsequenzen. Bis heute erleiden Frauen, die vergewaltigt wurden, sozialen Ausschluss und Ablehnung, sowohl von der Gemeinde wie

auch von ihren Familien. Obwohl die Wahrheitskommission in ihrem Bericht all dies erwähnte, gab sie dazu keinerlei Empfehlungen ab. Auch Organisationen, die gegen die Straflosigkeit kämpfen, berücksichtigen in ihrer Arbeit diese Art von Verbrechen viel zu wenig.

Um dem Schweigen etwas entgegenzusetzen, hat sich die Vereinigung „Akteurinnen des Wandels – der Kampf der Frauen um Gerechtigkeit“ gegründet. Ziel der Organisation ist die Unterstützung von Veränderungsprozessen bei Frauen, die während des Krieges sexuelle Gewalt erlitten haben. Wir sind uns bewusst, dass die patriarchale Unterdrückung in Form von sexueller Gewalt ein soziales Problem ist, das weit über den Krieg hinausgeht. Sie ist eine Realität, die sich aber in Kriegskontexten verschärft.

Die Vereinigung der „Akteurinnen“ besteht aus der *Unión Nacional de Mujeres Guatemaltecas* UNAMG, (die dieser Tage für ihre Arbeit den mit 100'000 Dollar dotierten Gruber-Preis erhielt, die Red., siehe separater Artikel), und dem *Equipo de Estudios Comunitarios y Acción Psicosocial* ECAP. Ihre Arbeitsbereiche sind die psychosoziale Begleitung, die Bewusstseinsarbeit, die Aufarbeitung der Geschichte, die politische Beteiligung und die ökonomische und moralische Entschädigung der Frauen, die im Krieg vergewaltigt wurden – kurz, das Empowerment dieser Frauen.

Sexuelle Gewalt gegen Frauen ist das brutalste Mittel, um das System der

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe

erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

geschlechtsspezifischen Unterdrückung aufrechtzuerhalten. Während des bewaffneten Konflikts waren die Vergewaltigungen von Frauen Teil des Genozid, denn die meisten der betroffenen Frauen waren Indígenas.

Die Vergangenheit ist eng mit der Gegenwart verbunden. Der Friedensschluss und die Nachkriegszeit haben den Frauen keine Sicherheit gebracht. Im Gegenteil, in den letzten Jahren hat die gezielte Ermordung von Frauen extrem zugenommen. Die mexikanische Feministin und Ethnologin Marcela Lagarde hat dafür den Begriff des *Feminizid* eingeführt. Die Gewalt gegen Frauen während und nach dem Krieg hat ähnliche Ursachen, die in erster Linie in den ungleichen Machtverhältnissen zwischen Männern und Frau-

en liegen. Diese Ungleichheiten verstärken sich in einem Kontext der Straflosigkeit, zunehmender Delinquenz und allgemeiner Unsicherheit, wie sie in Guatemala anzutreffen sind.

Um die Friedensagenda voranzutreiben, braucht es in erster Linie eine Stärkung der organisierten Frauen und ein Sichtbarmachen ihrer Forderungen und Vorschläge. Ebenso wichtig ist es, Allianzen mit anderen sozialen und politischen AkteurInnen einzugehen, die an den in den Friedensabkommen enthaltenen Veränderungen interessiert sind. Es braucht eine soziale und politisch bewusst agierende Linke, die sich dafür stark macht, dass die Friedensabkommen auf die politische Agenda aller staatlichen Institutionen gesetzt werden.

Für uns Frauen bedeutet das Knüpfen solcher Allianzen einen doppelten Aufwand. Einerseits beteiligen wir uns am gemeinsamen Kampf um soziale Veränderungen und gleichzeitig müssen wir innerhalb der gemischten Organisationen, wo wir als Frauen ebenfalls diskriminiert werden, um unsere Rechte und unsere Anerkennung kämpfen. Es geht deshalb im Endeffekt darum, die drei grossen Unterdrückungssysteme abzuschaffen, die die guatemalteckische Gesellschaft ausmachen und beherrschen: die ungerechten wirtschaftlichen Strukturen und deren Auswirkungen wie Armut und extreme Armut, die ethnische Unterdrückung und den Rassismus gegen die indigene Bevölkerung sowie die Geschlechterunterdrückung.

Preisverleihung an Frauen/ -Organisationen

Guatemala, 04. Dez. Bereits im November wurde die Verleihung des Preises „Frauen kämpfen für die Rechte in den Amerikas“, vergeben von der Peter Gruber-Stiftung in den USA, an die *Nationalen Frauenunion Guatemalas* (UNAMG) für ihr Engagement im Kampf um die Geschlechtergleichstellung, Gerechtigkeit und Frieden in Guatemala bekannt gegeben.

UNAMG ist seit 1980 Teil der Frauenbewegung in Guatemala und fokussiert ihre Arbeit laut eigener Aussage auf die bürgerliche und politische Beteiligung der Frauen, sowie deren ökonomische Gleichstellung, die Förderung des Friedens sowie von Projekten und Plänen zugunsten des Kampfes gegen die Gewalt gegen Frauen. Die Vereinigung kämpft diese Kämpfe in zahlreichen Arenen. So ist die UNAMG Mitglied des *Beijing-Komitees Guatemala*, der *Koordinationsstellen 8. März* und *25. November*, dem *Nationalen Rat der Friedensverträge*, der *Politischen Agenda: Frauen in der Vielfalt*, und ist vertreten in der *Kommission für die politische Gleichstellung* und dem *Kollektiv Sozialer Organisationen* (COS). Auf internationaler Ebene agiert UNAMG in der *Internationalen Demokratischen Föderation der Frauen* und dem *Mesoamerikanischen Forum der Völker*.

Wenige Tage später gab der Menschenrechtsombudsmann aus Spanien bekannt, dass der diesjährige *Menschenrechtspreis des Königs von Spa-*

nien der guatemalteckischen *Myrna Mack-Stiftung* verliehen wird. Diese wird für ihre „ausserordentliche Arbeit in der Denunzierung der institutionellen Straflosigkeit in ihrem Land“ ausgezeichnet. Laut dem Kommuniké des Ombudsmannes führt die Stiftung wertvolle Studien durch und treibt Vorschläge wie Verfassungsreformen, Legislativdekrete sowie Regierungsabkommen voran, stets mit dem Ziel, den Zugang zur Justiz zu verbessern und sowohl das Militär als auch die Sicherheits- wie Geheimdienste Guatemalas zu transformieren.

Der Name der Stiftung geht auf die Anthropologin Myrna Mack zurück, die 1991 wegen ihrer Arbeit zu Gunsten der internen Flüchtlinge der 80er Jahre von Agenten des guatemalteckischen Geheimdienstes ermordet wurde. Im Rahmen des Kampfes um Aufklärung und Gerechtigkeit im Fall dieses Mordes wurde die Stiftung 1993 unter anderem von Myrnas Schwester Helen gegründet und zählte auf die Geldprämie des *Alternativen Friedensnobelpreises* (Right Livelihood Award), der Helen Mack 1992 verliehen wurde.

Für den alle zwei Jahre verliehenen spanischen Menschenrechtspreis, der im Frühjahr 2007 in Spanien übergeben wird, wurde die Myrna Mack-Stiftung vom Spanischen Botschafter in Guatemala vorgeschlagen und erhielt Rückendeckung vom Büro des Menschenrechts-Hochkommissärs der UN, der Schweizer Botschaft sowie zahlreichen lokalen Menschenrechtsorganisationen.

Anfang Dezember hat die ehemalige Indigene Bürgermeisterin von Sololá, Dominga Vásquez Julajuj in London den *International Service Humans Rights Award* entgegengenommen. Geehrt wird sie damit für ihre Arbeit zu Gunsten der Menschenrechte der Guatemaltekinen und Guatemalteken. Dominga Vásquez führte die Indigene Bürgermeisterei während der Amtsperiode 2004-05 als erste weibliche Person in der Geschichte der Indigenen Gemeindeverwaltung an. (siehe ¡Fijá! 330) Derzeit ist sie Vertreterin des Volkes der Maya-Kaqchikel vor dem *Departamentalen Entwicklungsrat* (CODEDE). Somit gilt nicht nur ihr Engagement als Bürgermeisterin für ausschlaggebend, sondern insbesondere die tatkräftige Fortführung ihres Einsatzes für die grundlegenden Rechte der Bevölkerung. Schliesslich hat sie noch einen Direktionssitz in der *Guatemalteckischen Vereinigung der Indigenen BürgermeisterInnen und Autoritäten* (AGAAI) inne und ist Vorsitzende der lokalen Frauenvereinigung „Oxlajuj E“.

Sie selbst zeigt sich überrascht und motiviert angesichts der Auszeichnung: „Ich hätte nie gedacht, dass meine Arbeit auf internationaler Ebene anerkannt würde, ist dies doch in Guatemala allein durch die Nachrichtenagentur *Cerigua* und den *Nationalen Frauenfonds* geschehen. Dieser Preis ist eine Herausforderung, um weiterzumachen und eine stärkere Unterstützung zu Gunsten der indigenen Völker und allen voran der Frauen zu geben.“

Stürmische Zeiten am Izabal-See

Guatemala, 7. Dez. Der *Nationale Rat für Naturschutz* (CONAP) fällt ein negatives Urteil gegen eine Umweltverträglichkeitsprüfung der *Guatemaltekischen Nickelkompanie* CGN. Diese plante, zur Erweiterung ihrer Mine *Fénix* in El Estor, Departement Izabal, Industrie- und Minengüter auf über 60 Meter langen Schiffen durch das Naturschutzgebiet des Izabal-Sees und des Río Dulce zu transportieren. Vorgesehen waren 25 Grosstransporte im Verlauf von 10 Monaten.

CONAP bezieht sich in seinem Entscheid auf eine entsprechende Resolution gegen das Holzunternehmen Simpson, dem untersagt wurde, Baumstämme per Schiff durch dasselbe Naturschutzgebiet zu transportieren. Als weiterer Grund wird angefügt, dass es in diesem Naturpark noch letzte Exemplare des *manantí*, einer Seekuh gibt, die vom Aussterben bedroht ist. Ausserdem werden die mögliche Verbreitung der schädlichen Wasserpflanze *Hydrilla Verticillata* sowie der „visuelle Aspekt“ als Argumente genannt.

UmweltschützerInnen freuen sich vorerst einmal über das Urteil des CONAP. Laut Eloyda Mejía von den *Freunden des Izabalsees* (siehe ¡Fijáte! 371) würden vor allem die vom Fischfang lebenden AnrainerInnen des Sees die Folgen des durch den Schiffsverkehr gestörten Ökosystems des Sees zu spüren bekommen. Gemäss der Umweltverträglichkeitsprüfung der CGN sind dies etwas 85% der in der Region lebenden Bevölkerung.

Die UmweltschützerInnen zeigen sich aber auch besorgt darüber, dass es noch eine weitere Instanz gibt, nämlich das *Ministerium für Umwelt und Ressourcen* (MARN), dem der CONAP untersteht und das offenbar in dieser Sache auch noch ein Wort mitreden will. Im Moment befindet sich die Umweltverträglichkeitsprüfung dort „im Studium“. Während Carlos Noriega vom MARN den CONAP nur als „einen unter mehreren Meinungsträgern“ in dem Evaluationsverfahren bezeichnet, weist Yuri Melini von der Umweltorganisation CALAS darauf hin, dass sich das Urteil des CONAP auf das Gesetz bezieht, das industrielle Tätigkeiten in Naturschutzgebieten verbietet und das MARN, falls es den Entscheid des CONAP ignorieren würde, gegen dieses Gesetz verstossen würde.

Diese momentane Pattsituation nährt die Befürchtung, dass es sich mehr um einen politischen denn um einen rechtlichen Disput handelt, und dass das MARN von höheren Mächten in der

Regierung unter Druck gesetzt wird, die Minenaktivitäten zu begünstigen. Erst kürzlich machte die *Guatemaltekische Industriekammer* (CIG) einen Vorstoss, das Gesetz abzuschaffen, dem der CONAP seine Existenz zu verdanken hat.

Falls das MARN den Entscheid des CONAP akzeptieren sollte, bliebe der CGN noch der Landweg, um das für die Erweiterung der Mine notwendige Material zu transportieren. Diese Möglichkeit ist jedoch nicht sehr attraktiv und in der Umweltverträglichkeitsprüfung gar nicht erst vorgesehen, da die Strassen entsprechend ausgebaut und verbreitert werden müssten. Die Bevölkerung der Zone ist zudem laut Eloyda Mejía nicht bereit, ihr Land dafür herzugeben.

Ausdruck für den Widerstand der lokalen Q'eqchi'-Bevölkerung sind zahlreiche Landbesetzungen und Proteste. Mitte November besetzte eine Gruppe von rund 60 Familien ein Stück Land gegenüber dem Büro für Öffentlichkeitsarbeit der *Guatemaltekischen Nickelkompanie* (CGN). Dies war die vierte Landbesetzung, mit der die CGN gleichzeitig konfrontiert war, bereits im September wurden drei weitere begonnen. Die Polizei versuchte, diese vierte Besetzung gewaltsam zu räumen, wobei es mindestens zwei verletzte Personen gab – derweil eine Delegation der BesetzerInnen mit dem *Sekretariat für Agrarfragen* (SAA) ergebnislos verhandelte. Laut der Version der Staatsanwaltschaft räumten die BesetzerInnen nach Gesprächen mit einem Abgeordneten der Staatsanwaltschaft das Gelände freiwillig. Gemäss der Version der BesetzerInnen und der *Defensoría Q'eqchi'* kam es zu ge-

walttätigen Ausschreitungen, wurden mehrere Personen festgenommen, zwei verschwanden und einer wurde am darauf folgenden Tag schwer verprügelt und bewusstlos gefunden. Offenbar dehnten sich die Zusammenstösse auch auf die anderen besetzten Gelände aus und vertrieben u.a. 200 Familien von dem Landstück *La Revolution*. Diese kehrten aber unmittelbar nach dem Abzug der Polizei dorthin zurück – in der darauf folgenden Nacht brannte das Büro für Öffentlichkeitsarbeit der CGN nieder, ein Tag später ein Haus des Bürgermeisters von El Estor, der dafür bekannt ist, die Minentätigkeit tatkräftig zu unterstützen. Ursache des ganzen Streites sind unklare Besitzverhältnisse über das Land. Das Minenunternehmen hat zwar Landtitel vorgelegt, ebenso aber die besetzenden BürgerInnen, die ausserdem sagen, dass gewisse relevante Dokumente vom unterdessen aufgelösten *Institut für landwirtschaftliche Entwicklung* (INTA) spurlos verschwunden seien. Weiter beziehen sie sich auf das Gewohnheitsrecht: Ihre Grosseltern seien vor über 50 Jahren auf diese Ländereien gekommen, viel früher als die erste Besitzerin der Mine, Exmibal.

Vorläufig haben sich die vier Gruppen von den besetzten Gebieten zurückgezogen und fordern Verhandlungen mit der CGN, was die Staatsanwaltschaft zu dem Kommentar verleitete, die ganze Besetzungsgeschichte sei von aussen gesteuert und die BesetzerInnen manipuliert worden – womit sie einen Seitenhieb auf die *Defensoría Q'eqchi'* austeilte.

Mindestlohn vs. Produktivität

Guatemala, 09. Dez. Gleich im Anschluss an die Haushaltsdiskussion wurde das ebenfalls jährlich leidige Thema des Mindestlohns auf den präsidentiellen Schreibtisch gelegt, der nun gemeinsam mit Arbeitsminister Rodolfo Colmenares per Dekret bestimmen will, worauf sich Arbeitende und Arbeitgebende in der Nationalen Gehaltskommission (CNS) nicht einigen konnten. Dabei unterstützt Berger eindeutig den Vorschlag der Arbeitgeber, in Zukunft für Produktivität zu zahlen, währenddessen die ArbeitnehmerInnen eine 50%ige Erhöhung des aktuellen Mindestlohns fordern. Dieser, so Daniel Pascual von der BäuerInnenvereinigung CNOOC, werde in den meisten Fällen gar nicht erst gezahlt, und wenn sie ihren Lohn bekämen, sei dies oft verspätet und unter Abzug von verbrauchten Lebensmitteln und Wohnraum auf den Fincas.

Auf internationaler Ebene haben die Landarbeitenden den Staat Guatemala bereits angeklagt, da er gegen die im Freihandelsvertrag mit den USA (TLC) firmierten Garantien verstosse, die den Angestellten eine gewisse Sicherheit in Sachen Arbeitsbedingungen, Mindestlohn, Arbeitsstunden und Gesundheitsversorgung geben sollten.

Und gerade gab die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) bekannt, dass Guatemala es nicht schaffe, Arbeitsplätze zu generieren, die den Ansprüchen entsprechen, um tatsächlich die Armut zu reduzieren, von der 60% der Bevölkerung betroffen sei.

Berger hatte bereits im Vorhinein angekündigt, dass die Löhne auf keinen Fall im Januar erhöht werden würden, vielmehr spekuliere er auf eine allmähliche Einigung und Anpassung in den ersten drei Monaten des Jahres.

Mitternacht vorbei – Neuer Haushalt einerlei

Guatemala, 12. Dez. Innerhalb von 15 Minuten waren 20 Stimmen verloren, 20 Stimmen, die die Opposition gebraucht hätte, um ihren Haushaltsvorschlag für 2007 im Kongress noch vor Mitternacht des 30. November durchzubringen. Offenbar waren die Angebote, die Abgeordnete der Regierungspartei *Grosse Nationale Allianz* (GAN) und der sich dieser angeschlossenen *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) den Wankelmütigen per Handy machten, attraktiv genug, so kurzfristig die Seiten zu wechseln und das finanzielle Schicksal Guatemalas fürs nächste Jahr zu besiegeln. Denn trotz der vermeintlichen Absicht im Vorfeld, noch rechtzeitig den Etat zu verabschieden, konnten sich selbst nach monatelangem Hin und Her die Kontrahenten nicht einigen, mit der Konsequenz, dass für 2007 der gleiche Haushalt steht, wie für das laufende Jahr. In Ziffern sind dies 37,704 Mrd. Quetzales (ca. US-\$ 5 Mrd.). Eingereicht hatte die Exekutive einen Antrag auf 39,8 Mrd. Quetzales, der zahlreiche Etaterhöhungen der verschiedenen Ressorts beinhalteten.

Als Charakteristikum dominierte im Laufe der wohl eher als Schiebemannöver denn als Verhandlungen zu nennenden Szenarien die Wahlrelevanz der finanziellen Zuweisungen. So war ein wesentliches Diskussionsthema die Geographische Liste der Bauvorhaben. Das Original ist wohl in Zusammenarbeit mit den lokalen Entwicklungsräten und Bürgermeistereien erarbeitet worden – und favorisiert dementsprechend eher die aktuell auf lokaler Ebene jeweils regierende Partei, in ihrer Mehrheit GANA und FRG. Diese konnten ihre Wünsche jedoch heuer nicht so einfach durchsetzen, da sie – das erste Mal seit einer Dekade – derzeit weder das Sagen in der Kongressdirektion noch ausreichende Stimmenstärke in der Finanzkommission haben.

Augenscheinlich sah sich die Opposition nun in der Heldenrolle, endlich verhindern zu können, dass die Regierungspartei für ihre Wahlkampagne auf den Staatshaushalt zurückgreifen kann. Doch genau betrachtet waren sowohl ihr erster, schliesslich fehlgeschlagener Vorschlag, den gesamten Etat um 10% auf 35,6 Mrd. zu kürzen - hatten doch

die meisten Ministerien – ausser das der Verteidigung – bis November im Schnitt erst 65% ihrer Gelder ausgegeben und es sollte vermieden werden, dass die Überreste im nächsten Jahr zweckentfremdet und wahlpolitisch missbraucht werden – sowie die zweite Idee, 931 Mio. aus unwichtigen Posten neu zu verteilen, darauf ausgerichtet, sich selbst Vorteile für die Präsidentschaftswahlen 2007 zu sichern.

Nun, mit 2 Mrd. weniger, die von Staatsinstanzen und –programmen bereits für ihre Jahresplanung '07 einkalkuliert waren, und bislang noch in der gleichen Verteilung, wie für 2006 festgelegt sind, erweisen sich zahlreiche, im jeweiligen Moment von verschiedensten Seiten begrüsste Initiativen als Farce. So bleibt die für das kommende Jahr angekündigte Schaffung des *Zivilen Geheimdienstes* DIGICI genauso fraglich wie die des *Forensischen Ermittlungsinstituts* INACIF, die Umsetzung des Gesetzes der organisierten Kriminalität und die Stärkung der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC). Auch wenn bereits das Neuverhandeln der Zuteilung von Seiten des Kongresses in Angriff genommen wurde, ändert sich vorerst nichts an der Tatsache, dass dem in den letzten Monaten schwer in Verruf geratenen *Programm für ländliche und urbane Entwicklung* (PACUR) trotz der Kritik und nachgewiesenen Korruptionspraxis automatisch 400 Mio. Quetzales zugeschustert werden, während die im Vorhinein als dringend eingestuft und der betroffenen sowie fordernden Zivilgesellschaft versprochenen Etaterhöhungen des Bildungs- und des Gesundheitsressorts noch keine Quellen sicher haben. Auch das Justizsystem und die Staatsanwaltschaft müssen ihre Pläne ändern, letztere vor allem die Ausschreibung von 300 Neuanstellungen generell und von zusätzlich 350 Stellen für ErmittlerInnen suspendieren.

Und obwohl dem *Obersten Wahlgericht* (TSE), das ohnehin aufgrund der anstehenden Wahlen höhere Ausgaben haben wird, gemäss Wahlgesetzreform auferlegt wurde, die Zahl der Wahllokale deutlich zu erhöhen, verfügt es bislang nur über den Etat eines "Nicht-Wahljahres". Derweil hält Verteidigungsminister Bermúdez seinen Anspruch

auf Haushaltserhöhung lautstark aufrecht, würde die Armee doch höhere Ausgaben für Lebensmittelversorgung, Strom und Wasser haben, ausserdem müssten im nächsten Jahr die Gehaltserhöhungen realisiert werden können und überhaupt brauche das Militär mehr Geld, um sein Engagement für die Innere Sicherheit aufrechterhalten zu können. Dass das Verteidigungsministerium bereits den ihm in den Friedensverträgen als Höchstgrenze empfohlenen Anteil von 0.33% des Bruttoinlandsproduktes bekommt und, wie Menschenrechtsorganisationen bemerken, es äusserst fragwürdig ist, in Friedenszeiten das Militär finanziell zu stärken, lässt Bermúdez kalt.

Im Moment steht im Kongress noch die Billigung von vier Krediten, u.a. von *Weltbank* und *Interamerikanischer Entwicklungsbank*, an, was zwar zumindest den verabschiedeten Etat etwas absichert, gleichzeitig aber sowohl die interne als auch externe Verschuldung anhebt und zwar auf Q 53,473 Mrd. in 2007, also 20.5% des vor kurzem neu berechneten BIP. (¡Fijáte! 370)

Die organisierte Zivilgesellschaft, allen voran das *Kollektiv Sozialer Organisationen* (COS) warnte unterdessen mit öffentlichen Aktionen, sollten die Gelder nicht den Bedürfnissen entsprechend auf die gesellschaftlich brisanten Ressorts umverteilt werden. Angesichts der offensichtlich wahlpolitisch-motivierten Mausecheln unter den Parteien in Sachen Projektvergabe, schlägt das COS die Einberufung einer Beobachtungskommission der Haushaltsdiskussion vor, bestehend aus VertreterInnen der Regierung, politischen Parteien und sozialen Organisationen. Zudem soll es einen neuen Vorschlag für die Geografische Liste der Bauvorhaben geben.

Die Menschenrechtsorganisation *Grupo de Apoyo Mutuo* (GAM) hat derweil das Ergebnis eines Monitorings vorgelegt, demnach 80% der öffentlichen Ausgaben in Strassen und öffentliche Gebäude gesteckt werden, obwohl Präsident Berger noch vor der Versammlung der Vereinten Nationen angegeben hatte, dass die Achsen für die Investitionsstrukturierung des Haushaltes während seiner Regierungszeit die Sektoren Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und Sicherheit seien.

HIV/AIDS – der Staat schaut weg

Guatemala, 07. Dez. Es waren vor allem Jugendliche, die anlässlich des Welt-AIDS-Tages am 1. Dezember in diesem Jahr auf die Strasse gingen, von den Erwachsenen mehr Aufklärung forderten und an die Bevölkerung appellierten, Solidarität mit HIV/AIDS-Betroffenen zu beweisen. So wurden von der Jugendlichenvereinigung CONJUVE mit Unterstützung von UNICEF und anderen internationalen Kinder- und Jugendschutzorganisationen im Landesinneren wie in der Hauptstadt Fackelläufe und Kerzen-Märsche veranstaltet, sowie mit Info-Ständen, Aktionen und Filmen Bewusstseinsarbeit geleistet. CONJUVE ist derzeit dabei, ein landesweites Freiwilligennetzwerk aufzubauen, deren AktivistInnen als MultiplikatorInnen in ihrem Umfeld zu den Themen HIV/AIDS, Drogen und häuslicher Gewalt sensibilisieren sollen.

Gemäss *World Vision Guatemala* wurde 1984 der erste Fall einer HIV-Infektion in Guatemala registriert, während allein in den letzten drei Jahren 50% der heutigen Gesamtzahl bekannt geworden seien. Das guatemaltekeische Gesundheitsministerium reportiert 9'172 "bestätigte Fälle", doch sind die Angaben der UN-AIDS-Organisation wohl eher glaubwürdig und belaufen sich auf zwischen 61'000 und 78'000 Personen mit HIV/AIDS-Infektion in Guatemala, mit wachsendem von Frauen. Wurde 1988 noch auf acht Männer eine Frau positiv getestet, ist es inzwischen eine Frau auf zwei Männer. Und den wenigen näheren Angaben zufolge, überrascht wohl vor allem das guatemaltekeische Gesundheitssystem, welches das Thema am liebsten ignorieren würde, dass rund 78% der neu-infizierten Frauen nicht dem Vorurteil entsprechen, Sexarbeiterinnen oder Singles zu sein, sondern angeben, verheiratet zu sein und ihrerseits eine stabile Partnerschaft zu führen. Eine alarmierende Entwicklung ist auch bei den Gebärenden zu beobachten. Das nationale Krankenhaus *Roosevelt* gibt an, dass im Jahr 2002 drei von 1000 Schwangeren HIV-positiv getestet wurden, heuer seien es bereits 9 von 1000.

Und lediglich 3'699 Erwachsene sowie rund 620 Kinder erhalten im Moment – und vornehmlich in der Hauptstadt – die notwendige medizinische Behandlung von Seiten der zuständigen staatlichen Stellen. Weltweit sind es laut UN-AIDS 24% der rund 40 Mio. der an HIV/AIDS Erkrankten, die medizinisch angemessen versorgt werden.

Die vormals eher städtische Verbreitung des Virus hat sich in Guatemala durch die ansteigende Migration gene-

rell "verländlicht", besonders betroffen ist die Bevölkerung in den Grenzgebieten zu Mexiko, El Salvador und Honduras.

Noch nicht einmal Klageansprüche bewegen die staatlichen Instanzen dazu, das Behandlungsprogramm den Bedürfnissen der Betroffenen anzupassen. Bereits 2003 hatten 49 PatientInnen mit Unterstützung der Nicht-Regierungsorganisation CEJIL (*Zentrum für Justiz und internationales Recht*) vor der *Inter-amerikanischen Menschenrechtskommission* (CIDH) gegen den Staat Guatemala Klage eingereicht, da ihnen die nötige Therapie verwehrt wurde. (¡Fijáte! 299) Sechs von ihnen sind in der Zwischenzeit verstorben und 32 erhalten Medikamente, jedoch durch die Organisation *Ärzte ohne Grenzen*.

Doch der Vernachlässigung nicht genug: Im Oktober dieses Jahres wurde der Fall in der CIDH in Washington thematisiert. Zwei ZeugInnen aus Guatemala waren geladen, durch die *Organisation Amerikanischer Staaten* (OAS), CIDH und CIJIL sowie unterstützt durch die *Präsidentiale Menschenrechtskommis-*

sion Guatemalas COPREDEH. Doch das amerikanische Konsulat wies den Vissumsantrag der beiden zurück mit Verweis auf ihre Krankheit, die gemäss diplomatischer US-Angaben eine „ansteckende Krankheit von signifikanter Bedeutung für die öffentliche Gesundheit“ sei. Anwälte der auf diese Weise gedemütigten Guatemalteken bereiten unterdessen eine Klage wegen Diskriminierung gegen das US-Konsulat vor, auch die CIDH interveniert und wirft diesem Prozessbehinderung vor.

Während UN-AIDS der guatemaltekeischen Regierung nahe legt, die Ausgaben für Prävention, Information und Behandlung von HIV/AIDS zu vervierfachen, veranstaltete der *Weltfond zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria* sein XIV Jahrestreffen Anfang November dieses Jahr in Guatemala. Die Delegationen besuchten relevante Projekte und verabschiedeten den neuen Haushalt. Aus diesem Topf beantragte Guatemala US-\$ 32 Mio. für den Arbeitsbereich HIV/AIDS und US-\$ 8,3 Mio. für die Reduzierung von Malaria in fünf Regionen des Landes.

Völkermord - Behinderungen imponieren

Guatemala, 07. Dez. Das Verfassungsgericht (CC) gab zeitweilig einem Einspruch zu Gunsten von Ángel Aníbal Guevara Rodrigo statt und beauftragte die Fünfte Strafkammer, noch einmal vor dem Hintergrund zahlreicher nationaler Gesetze sowie internationaler Abkommen zu analysieren, ob der Spanische Gerichtshof tatsächlich über die Kompetenz verfüge, gerichtlich gegen den Militär vorzugehen. Dieser fungierte als Innenminister unter Romeo Lucas García und befindet sich seit Mitte November auf der Krankenstation des Untersuchungsgefängnisses in der Hauptstadt, nachdem die guatemaltekeische Justiz den entsprechenden Haftantrag aus Spanien ausführte. Guevara ist, wie sieben weitere Männer, angeklagt als Verantwortlicher für den Brand der Spanischen Botschaft 1980.

Seit der spanische Richter Santiago Pedráz Ende November eine neue Version des Haft- und Auslieferungsantrags stellte, in dem er die beanstandete Unterlassung korrigierte, keine genauen zeitlichen Angaben gemacht zu haben, die Efraín Ríos Montt Zuständigkeiten in der Zeit der der Anklage zu Grunde liegenden Verbrechen des Genozids, Terrorismus und Folter detaillierten, scheint der durch die ersten Fest-

nahmen in Bewegung geratene Prozess doch wieder aufgehalten.

Bestand kurzzeitig der Anschein, durch den aktualisierten Antrag die Verhaftung von Ríos Montt herbeigeführt zu haben, suspendierten die zuständigen Gerichtsinstanzen den aktuellen Prozess so lange, bis die von den Verteidigern der Angeklagten zuhauf eingereichten Verfassungsbeschwerden und Einsprüche aus dem Weg geräumt sind. Neben der Gerichtsbarkeit stellen die Anwälte die Rechtmässigkeit der Auslieferungsanträge der Guatemalteken an Spanien in Frage.

In Bezug auf den Brand in der Spanischen Botschaft verwies die Präsidentin der Anwaltskammer, Yolanda Pérez darauf, dass dieser gemäss der Konvention von Wien auf spanischem Territorium stattgefunden habe, der Spanische Gerichtshof infolgedessen ihres Erachtens durchaus zu Recht prozessierte.

Der Ex-Präsident durch Putsch, General Oscar Mejía Víctores sowie der ehemalige Chef des Kommando 6 der Nationalpolizei, Pedro García Arredondo, sind ihrer Verhaftung bislang erfolgreich entkommen; Donaldo Álvarez Ruiz, Ex-Innenminister unter Ríos Montt wird in Panama vermutet und mit internationalem Haftbefehl gesucht.